



Presseschau vom 13.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Rainer Rupp: Frankreichs süße Rache – Retourkutsche für das von den USA gestohlene U-Boot-Geschäft mit Australien

Die arabischen Scheichtümer am Persischen Golf werden seit eh und je von der US-Rüstungsindustrie als "privates US-Jagdrevier" angesehen. Ausgerechnet dort hat nun Frankreich eine spektakulär fette Beute gemacht und den Amerikanern ein Waffengeschäft im Wert von 23 Milliarden Dollar vor der Nase weggeschnappt. Die Konsequenzen für die geopolitische Entwicklung in der volatilen Region sind schon jetzt sichtbar. ...

<https://kurz.rt.com/2qw2>

de.rt.com: Putin rügt russischen Star-Regisseur für Aufruf zum Separatismus: "Man sollte vorher gut überlegen"

Eine Diskussion mit dem Präsidenten sorgte in Russland für Aufsehen. Bei einer Sitzung des Rates für Menschenrechte hat der Regisseur Alexander Sokurov für eine Loslösung einer ganzen Region der russischen Föderation plädiert – Wladimir Putin kritisierte den Filmemacher für "unüberlegte" Vorschläge. ...

<https://kurz.rt.com/2r1y>

Scott Ritter: Mehr Nuklearraketen in Europa? Es ist, als hätten die USA nichts aus den 1980er Jahren gelernt

Vor vier Jahrzehnten hätte die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa beinahe einen Atomkrieg mit der Sowjetunion ausgelöst. Mit der Stationierung neuer Raketen in Deutschland unterstreicht Joe Biden nun einfach erneut den Wahnsinn der US-Politik. ...

<https://kurz.rt.com/2r0x>

Leo Ensel: Der Startschuss zum Wettrüsten 2.0 – Vor 20 Jahren kündigten die USA den ABM-Vertrag

Mit der durch die USA erfolgten einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages, der noch im ersten Kalten Krieg nach der perversen Logik des "Gleichgewicht des Schreckens" die gesicherte atomare Zweitschlags-Fähigkeit garantieren sollte, begann das neue Wettrüsten. Heute bedrohen Hyperschall-Flugkörper die Welt. ...

<https://kurz.rt.com/2r24>

de.rt.com: Wie Bidens "Demokratiegipfel" die Zusammenarbeit Chinas und Russlands stärkt

Eigentlich sollte der sogenannte "Gipfel der Demokratie", den Washington am vergangenen Wochenende veranstaltete, die pro-westlichen Staaten um die USA scharen im geopolitischen Wettstreit mit Moskau und Peking. Doch das Resultat des Gipfels ist dürftig und sogar kontraproduktiv. ...

<https://kurz.rt.com/2r2t>

Viktorija Nedaschkowskaja: „Hat mit Demokratie nichts zu tun“: Kardinal Müller spricht von Corona-„Gleichschaltung“

Der deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller (73) hat in einem Interview mit dem katholisch-konservativen „St. Bonifatius Institut“ aus Österreich über eine angeblich geplante Gleichschaltung der Menschen nach Corona und die Errichtung eines Überwachungsstaates vonseiten der finanzkräftigen Elite gesprochen. ...

<https://snanews.de/20211213/kardinal-mueller-spricht-von-corona-gleichschaltung-4679352.html>

de.rt.com: Die Bundesregierung und die fragwürdige Behauptung von russischen Truppen an der ukrainischen Grenze

Bei der heutigen Pressekonferenz hat auch der neue Regierungssprecher Steffen Hebestreit die Behauptungen seines Vorgängers aufgegriffen und von russischen Truppenkonzentrationen "an der ukrainischen Grenze" gesprochen. Doch auf welchen realen Informationen beruht diese Aussage? RT fragte nach.

<https://kurz.rt.com/2r3g>

abends/nachts:

de.rt.com: Peking: USA missbrauchen "Demokratie" als Massenvernichtungswaffe

Erneut greift die Volksrepublik China den von Washington veranstalteten sogenannten "Gipfel für Demokratie" scharf an. Peking wirft den USA vor, sich unter dem Vorwand der Demokratie in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Das chinesische Außenministerium hat den Vereinigten Staaten vorgeworfen, die Idee der "Demokratie" als "Massenvernichtungswaffe" zu missbrauchen, um der Welt ihren Willen aufzuzwingen. Zuvor hatte Washington einen sogenannten "Gipfel für Demokratie" durchgeführt, an dem zwar von vielen Staaten nicht anerkannte Entitäten wie Taiwan und Kosovo teilnahmen, aber China nicht eingeladen war.

Führende Politiker und Würdenträger aus hundert Ländern und internationalen Organisationen nahmen am 9. und 10. Dezember an dem Gipfel für Demokratie der Biden-

Regierung teil. Auf der Veranstaltung, die virtuell stattfand, verkündeten die Verbündeten der USA ihre Unterstützung für die Zivilgesellschaft und die Gleichberechtigung, und verpflichteten sich "prodemokratische" Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland zu finanzieren.

China, der wichtigste geopolitische Rivale der USA, war nicht eingeladen, und auch weitere Länder, die in Washington in schlechtem Ruf stehen, nämlich Russland und Ungarn, erhielten keine Einladung.

Das chinesische Außenministerium nutzte am Samstag die Gelegenheit, den Gipfel zu kritisieren und die USA zu beschuldigen, ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung der "globalen Hegemonie" hinter dem Begriff "Demokratie" zu verbergen. Das Ministerium erklärte:

"Ob ein Land demokratisch ist oder nicht, sollte von seiner eigenen Bevölkerung entschieden werden, nicht von einer Handvoll Außenstehender, die mit dem Finger auf andere zeigen. Das demokratische System eines Landes und sein Weg zur Demokratie sollten von der eigenen Bevölkerung im Lichte ihrer nationalen Realität unabhängig gewählt werden."

Das Ministerium warf den USA vor, sie versuchten, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien mit Waffengewalt "Demokratie" aufzuzwingen und andere Staaten mit Sanktionen und der Androhung von "Farbrevolutionen" zu zwingen, ihre Version der Demokratie zu akzeptieren. Als "Farbrevolution" wird dabei der Versuch bezeichnet, der von gut finanzierten zivilgesellschaftlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen angeführt wird, um eine Regierung zu stürzen. Die USA haben verdeckt oder offen bereits zahlreiche solcher "Revolutionen" im Ausland unterstützt. Darunter die Protestbewegung im Jahr 2000, die den serbischen Staatschef Slobodan Milošević stürzte, die Rosenrevolution in Georgien im Jahr 2003, und die Orange Revolution in der Ukraine 2004.

Während China die USA für solche hinterhältigen Taktiken kritisierte, feierten westliche Medien, so etwa die britische Zeitung The Guardian, Washingtons "Vorlage für den Sieg bei Wahlen anderer Leute".

In der Erklärung Pekings wurde den USA vorgeworfen, die "Demokratie" als "Massenvernichtungswaffe" einzusetzen. Abschließend forderte das chinesische Außenministerium:

"Wir sollten alle Formen pseudodemokratischer und antidemokratischer Praktiken und politischer Manipulationen unter dem Deckmantel der Demokratie entschieden zurückweisen und ablehnen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b5df9048fbef7fa900d232.jpeg>

snanews.de: **Blinken hält Nord Stream 2 für Druckmittel auf Russland**

Wenn sich die Lage um die Ukraine verschärft, dürfte die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 laut

US-Außenminister Anthony Blinken nicht in Betrieb gehen. Ihm zufolge ist dies ein Druckmittel auf Russland.

Blinken betonte, dass derzeit kein Gas durch Nord Stream 2 fließe. „In Wirklichkeit ist dies ein Druckmittel auf Russland, da Präsident Putin will, dass Gas durch diese Pipeline fließt“, fügte er hinzu

„Selbst wenn sie (die Pipeline) in Betrieb genommen wird, ist es äußerst unwahrscheinlich und kaum vorstellbar, dass dies geschehen wird, wenn Russland seine Aggression gegenüber der Ukraine fortsetzt und neue Maßnahmen ergreift“, sagte Blinken am Sonntag in einem Interview mit dem US-Sender NBC. Er betonte, dass der russische Staatschef Wladimir Putin dies bei der Planung seines weiteren Vorgehens berücksichtigen sollte.

An diesem Wochenende hat ein G7-Treffen in Liverpool stattgefunden, bei dem die führenden westlichen Staaten zusammengekommen sind, um unter anderem über die Lage an der Grenze zur Ukraine zu beraten. Sie sollen sich auf eine gemeinsame Linie gegenüber Russland verständigt und harte Konsequenzen im Falle eines Angriffs auf die Ukraine versprochen haben.

Spannungen zwischen Russland und Westen

Zuletzt hatten die Ukraine und die westlichen Länder eine Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze gemeldet. Demnach hat Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen.

Es werden Befürchtungen geäußert, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus. Vor einigen Tagen veröffentlichten zudem die amerikanische Tageszeitung „The Washington Post“ und die „Bild“ Artikel über einen russischen Einmarschplan in die Ukraine. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete den „Bild“-Beitrag als schädliche Propaganda.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte mehrmals in diesem Zusammenhang, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen. Außerdem teilte Peskow mit, dass sich Russland alle mögliche Mühe gebe, um der Ukraine bei der Regelung des Konflikts im Donbass zu helfen, wobei es sich an das „Normandie-Format“ und die Verpflichtungen des Minsker Abkommens halte.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0c/4668774_0:0:3151:1773_1920x0_80_0_0_3257a2052c57fe4c0ffab66f20269156.jpg

snanews.de: **Antrittsbesuch in Polen: Scholz sichert Warschau Unterstützung im Streit mit Belarus zu**

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat der polnischen Regierung bei seinem Antrittsbesuch in Warschau seine Unterstützung im Streit um die Flüchtlinge im Grenzgebiet zu Belarus zugesichert.

„Es sind die dort (in Minsk – Anm. d. Red.) Regierenden, es ist Lukaschenko, der Flüchtlinge missbraucht, um seine eigene Politik verfolgen zu können“, sagte Scholz am Sonntag in seiner Pressekonferenz mit dem polnischen Regierungschef Mateusz Morawiecki. Das Vorgehen des belarussischen Präsidenten sei „mensenverachtend und wir haben eine gemeinsame Aufgabe, das zurückzuweisen“. Deutschland wolle solidarisch mit Polen gegen diesen unangemessenen Weg einer „hybriden Kriegsführung“ vorgehen.

„Ich habe dem Herrn Kanzler die geänderte Taktik vorgestellt, die das Lukaschenko-Regime jetzt in dieser künstlich ausgelösten Migrationskrise anwendet, die Verwendung von Menschen als lebende Schutzschilde, als Waffe“, sagte Morawiecki. Er sprach von mehr als 100 Versuchen der Grenzüberquerung.

„Normandie-Format“ wichtig für Dialog

Scholz und Morawiecki haben bei dem Treffen am Sonntag auch die Lage in der Ukraine besprochen.

„Wir wissen, dass es besorgniserregende neue Aktivitäten jenseits der ukrainischen Grenze gibt und Truppen zusammengezogen worden sind. Es ist deshalb ganz wichtig und klar, dass Europa gemeinsam deutlich macht, dass wir das nicht akzeptieren werden“, sagte Scholz.

„Es ist wichtig, dass wie die Möglichkeiten zu einer Entspannung der Situation nutzen, dazu zählt insbesondere das Nordmanie-Format“, so Scholz weiter.

Morawiecki will Inbetriebnahme von Nord Stream 2 verhindern

Polens Regierungschef Morawiecki hat beim Antrittsbesuch von Scholz gefordert, die Inbetriebnahme der Ostseepipeline Nord Stream 2 zu verhindern. Das Projekt werde die Möglichkeiten des Kremls erhöhen, Druck auf die EU auszuüben und die „politische und energetische Schlinge“ um die Ukraine zuzuziehen, sagte Morawiecki am Sonntag, nach seinem Gespräch mit Scholz.

„Die beste Lösung wäre es, wenn man die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 nicht zulassen würde.“

Scholz bekräftigte mit Blick auf Nord Stream 2, dass Deutschland sich auch in Zukunft um das Gas-Transitsgeschäft der Ukraine kümmern werde. Man werde die Ukraine auch beim Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen. Auf die Forderung Morawieckis, die Inbetriebnahme der Pipeline zu stoppen, ging Scholz nicht ein.

Europa ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft

Scholz hat den Willen Deutschlands zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen bekräftigt. Die Bundesregierung hoffe deswegen auf Fortschritte im Streit über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sagte Scholz.

„Europa ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft. Uns verbinden die Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“, so der Bundeskanzler. „Und deshalb wäre es auch sehr gut und hilfreich, wenn die Diskussionen und Gespräche zwischen der Europäischen Union, der Kommission und Polen bald zu einer sehr guten pragmatischen Lösung führen könnten.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0c/4668977_0:81:3350:1965_1920x0_80_0_0_954a80ba810353217f0a12240e9dcb04.jpg

snanews.de: **Westen schickt Kämpfer unter Deckmantel von Ausbildern in die Ukraine – Russlands Außenministerium**

Westliche Länder militarisieren laut der Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, die Ukraine weiterhin, indem sie das Land mit Waffen und Kämpfern versorgen.

„Die Ukraine wird mit Waffen vollgepumpt – es handelt sich um Direktlieferungen, um Verträge für die Zukunft, und wie Sie sehen können, sind das millionen-, insgesamt milliarden schwere Verträge. Es geht um die Verlegung von Kämpfern unter dem Deckmantel von Ausbildern“, erklärte sie.

Wie US-Verteidigungsminister Lloyd Austin zuvor mitteilte, hat Washington seit 2014 mehr als 2,5 Milliarden Dollar zur Unterstützung der ukrainischen Armee bereitgestellt.

Die USA leisten der Ukraine bereits auf fortlaufender Basis Militärhilfe und sollen 2021 bisher etwa 400 Millionen US-Dollar bereitgestellt haben. Bidens Regierung und ihre Unterstützer glaubten, so NBC News, dass eine Kombination aus „angedrohten Sanktionen, Militärhilfe und Diplomatie“ Putin dazu bewegen könne, die russischen Truppen, die angeblich entlang der ukrainischen Grenze stationiert sind, zurückzuziehen.

Spannungen zwischen Russland und Westen

Zuletzt hatte die Nato eine Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze gemeldet. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Wie das Weiße Haus am Dienstag mitgeteilt hat, hat sich US-Präsident Joe Biden in dem jüngsten Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin besorgt über die Lage rund um die Ukraine geäußert und eine diplomatische Einigung gefordert. Darüber hinaus hat er versprochen, dass der Westen auf eine mögliche militärische Eskalation mit gemeinsamen Wirtschaftssanktionen und anderen Beschränkungen reagieren werde.

Putin hat seinerseits betont, dass Russland an zuverlässigen, juristisch bindenden Garantien dafür interessiert sei, dass sich die Nato nicht mehr gen Osten erweitere und keine Angriffswaffen in an Russland angrenzenden Staaten, darunter auch in der Ukraine, stationiere.

Moskau hat wiederholt Vorwürfe „aggressiver Aktionen“ zurückgewiesen und erklärt, dass es niemanden bedrohe. Nach Angaben der russischen Behörden werden solche Angriffe als Vorwand benutzt, um mehr Militärausrüstung der Nato in der Nähe der russischen Landesgrenzen zu platzieren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/46335_0:167:3047:1881_1920x0_80_0_0_eb9666344090a59dc628a1849a456123.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Bericht: Israel bereitet Militärschlag gegen Iran vor**

Schon seit Jahren dauert der Streit um das angebliche Atomwaffenprogramm Irans an. Teheran bestreitet, dass es solche Waffen entwickeln will, und führende internationale Experten bezweifeln ebenfalls ein derartiges Szenario.

Israelische Medien haben unter Berufung auf verschiedene Quellen berichtet, dass das israelische Militär einen möglichen Schlag gegen Iran vorbereite. Tel Aviv habe die Vereinigten Staaten bereits von seinen Plänen in Kenntnis gesetzt. Und in Washington, D.C. habe man "kein Veto" dagegen eingelegt.

Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz informierte laut den Berichten seinen US-Kollegen, den US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, während seines Besuchs in den USA über die Vorbereitungen für einen möglichen Militärschlag gegen Iran, wie mehrere israelische Medien am Samstag berichteten. Gantz traf am Donnerstag mit hochrangigen US-Beamten zusammen, darunter auch Lloyd und US-Außenminister Antony Blinken.

Eine hochrangige Quelle im israelischen Sicherheitsapparat, die vom israelischen Armeeradio zitiert wurde, erklärte:

"Der [israelische] Verteidigungsminister teilte den US-Amerikanern mit, dass er das Militär angewiesen hat, sich auf eine militärische Option vorzubereiten."

Dieselbe Quelle behauptete, dass Teheran zwar "kurz davor stehe, genügend spaltbares Material für eine einzige Atombombe herzustellen", dass es aber die "Schwelle" nicht überschreiten werde, weil es sich der Schwere eines solchen Schrittes bewusst sei. Während Israel wiederholt Iran beschuldigt hatte, sich Atomwaffen beschaffen zu wollen, wies Teheran diese Anschuldigungen stets zurück und behauptet, sein Atomprogramm diene ausschließlich zivilen Zwecken.

Eine diplomatische Quelle teilte israelischen Medien mit, dass die Ankündigung bei den US-amerikanischen Beamten auf keinerlei Einwände gestoßen sei.

"Es gab kein Veto", sagte die Quelle, die von der Jerusalem Post zitiert wurde.

Während seines Besuchs in den USA äußerte Gantz die Hoffnung, den "Dialog und die Zusammenarbeit" mit Washington in Bezug auf Iran zu vertiefen sowie die "gemeinsame militärische Bereitschaft, Iran entgegenzutreten und seine regionalen Aggressionen und nuklearen Bestrebungen zu stoppen", zu verstärken. Während Austin sich weniger kriegerisch zeigte, sagte er, Washington sei besorgt über das angebliche Versäumnis Irans, ein konstruktives diplomatisches Engagement zu zeigen, und er warnte, dass US-Präsident Joe

Biden bereit sei, im Umgang mit Teheran "auf andere Optionen zurückzugreifen". Kurz nach dem Ende des Treffens zwischen Lloyd und Gantz bekräftigte auch die Pressesprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki die Bereitschaft der USA, andere "Optionen" zu prüfen. Sie erklärte:

"Angesichts der anhaltenden Fortschritte im iranischen Atomprogramm hat der Präsident sein Team gebeten, für den Fall vorbereitet zu sein, dass die Diplomatie scheitert und wir uns anderen Optionen zuwenden müssen, und das erfordert Vorbereitungen."

Sie sagte, die "Optionen" könnten "zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Einschränkung der einkommensschaffenden Sektoren Irans" umfassen, vermied jedoch eine ausdrückliche Erwähnung einer militärischen Intervention.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b6240448fbef791e6397df.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Erdoğan nennt "größte Bedrohung für die Demokratie"

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat erklärt, dass die sozialen Medien "eine der größten Bedrohungen für die heutige Demokratie" seien. Die Plattformen würden es schwierig machen, die "Schwachen" zu schützen, ohne eine unangemessene Zensur einzuführen.

Während die sozialen Netzwerke ursprünglich als "Symbol der Freiheit" vermarktet wurden, sind sie zu einer Bedrohung für die demokratische Gesellschaft geworden. Das erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan laut Associated Press in einer Videobotschaft bei einer Kommunikationskonferenz am Samstag. Er sagte:

"Wir versuchen, unser Volk, insbesondere die schwachen Teile unserer Gesellschaft, vor Lügen und Desinformation zu schützen, ohne das Recht unserer Bürger auf genaue und unparteiische Informationen zu verletzen."

In der Türkei müssen seit letztem Jahr Social-Media-Dienstleister mit mehr als einer Million Nutzer Daten speichern und einen rechtlichen Vertreter unterhalten. Diese Vorgabe hat Facebook, YouTube und Twitter dazu bewogen, Satellitenbüros in der Türkei einzurichten. Die Türkei erwägt ein Gesetz, das die Verbreitung "falscher Informationen" im Internet verbietet. Dies ist jedoch ein notorisch schwer definierbarer Begriff sowohl für Social-Media-Plattformen als auch für ihre Milliarden von Nutzern. Alle drei großen Plattformen haben die Zensur seit Beginn der COVID-19-Epidemie erheblich verschärft und im Vorfeld der US-Präsidentchaftswahlen 2020 weitere Meinungen für tabu erklärt.

Sollte das Gesetz in der Türkei verabschiedet werden, würde es eine Regulierungsstelle für soziale Medien schaffen, die im Namen der Regierung Beiträge offiziell als

Fehlinformationen einstufen kann. Denjenigen, die den neuen Regeln zufolge anstößige Inhalte posten, drohen bis zu fünf Jahren Gefängnis.

Selbsternannte Hüter der Pressefreiheit wie Freedom House haben Erdoğan's Regierung dafür kritisiert, dass sie regierungskritische Inhalte entfernt und Personen verfolgt, die vermeintlich unerwünschte Kommentare in sozialen Medien veröffentlichen. So wurde beispielsweise die "freie Enzyklopädie" Wikipedia in der Türkei drei Jahre lang gesperrt, weil die englische Version in einem Artikel über "staatlich geförderten Terrorismus" behauptet hatte, dass dies auf die Türkei zutreffe. Das Verbot wurde vergangenes Jahr aufgehoben, nachdem das Verfassungsgericht des Landes festgestellt hatte, dass es gegen die Menschenrechte verstößt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b6e7ddb480cc5af44de6a7.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. Dezember um 9:00 Uhr 21.071 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
522 Personen sind derzeit erkrankt, 17.540 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3009 Todesfälle.

deu.belta.by: **Schewtsow: Für Flüchtlinge im TLZ gibt es zweiwöchigen Vorrat an humanitärer Hilfe**

In einer provisorischen Unterkunft für Flüchtlinge im Transport- und Logistikzentrum „Bruzgi“ nahe der belarussisch-polnischen Grenze wurde ein zweiwöchiger Vorrat an humanitärer Hilfe für Flüchtlinge angelegt, teilte Dmitri Schewtsow, Generalsekretär der Belarussischen Rotkreuzgesellschaft, mit.

"Derzeit kommen die Leute meist mit häuslichen Problemen. Die Mütter mit kleinen Kindern fragen nach Fläschchen, Schnullern und Thermoskannen. Wir bringen jeden Tag Dinge mit, die Leute brauchen könnten", sagte er.

Der Generalsekretär der Belarussischen Rotkreuzgesellschaft stellte außerdem fest, dass bis zum Morgen des 13. Dezember Freiwillige verschiedener öffentlicher Vereine mehr als 150 Tonnen humanitärer Hilfe an die Flüchtlinge verteilt hatten. "Wir haben einen Vorrat, um das Lager zwei Wochen lang am Leben zu erhalten. Verglichen mit dem gesamten Volumen der Hilfe haben wir von Belarus etwa viermal mehr Hilfe erhalten als von ausländischen Organisationen. Diese Hilfe kommt sowohl von verschiedenen Organisationen und Unternehmen als auch von der Bevölkerung", so Dmitri Schewtsow.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1639385030_59197_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 12. Dezember wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 34 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 10 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 16 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1339 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 801 mit Sauerstoffunterstützung (+9 in den letzten 24 Stunden).

Am 12. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 114.161 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4120 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 101.287 als gesund entlassen, es gibt 8754 Todesfälle.

snanews.de: **Explosion in russischer Klosterschule: Jugendlicher zündet Sprengsatz – mehrere Verletzte**

Ein ehemaliger Schüler einer orthodoxen Klosterschule in der Stadt Serpuchow im Moskauer Gebiet hat am Montagmorgen einen selbst gebastelten Sprengsatz vor dem Eingang ins Lehrgebäude gezündet. Der 18-Jährige wurde bei der Explosion tödlich verletzt. Zehn Menschen kamen mit Verletzungen ins Krankenhaus.

Wie der Gouverneur des Gebiets Moskau via Telegram mitteilte, schweben die Verletzten nicht in Lebensgefahr. Das Lehrpersonal und die Schüler wurden in Sicherheit gebracht. Nach Polizeiangaben hat der Täter um halb neun (Ortszeit) vor dem Eingang des orthodoxen klassischen Gymnasiums, das auf dem Territorium eines Nonnenklosters liegt, einen Sprengsatz gezündet. Durch die Explosion wurde die Tür des Gymnasiums beschädigt. Einigen Berichten zufolge versuchte der Täter angeblich, sich dabei in die Luft zu sprengen. Der Jugendliche sei dabei schwer verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert worden, wo er seinen Verletzungen inzwischen erlegen sei.

Die Polizei klärt derzeit alle Umstände des Vorfalls. Laut dem Ermittlungskomitee Russlands wurde ein Strafverfahren wegen versuchten Mordes und illegalen Sprengstoffbesitzes eröffnet. Untersucht wird auch, ob der junge Mann aus Hass auf Lehrkräfte der Schule und auf die Nonnen den Sprengsatz gezündet haben könnte. Angaben zufolge könnte er sich in der Ausbildung drangsaliert gefühlt haben. In Russland hatte es in diesem Jahr mehrere Amokläufe an Bildungseinrichtungen gegeben, teils mit Toten und Verletzten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0d/4671582_0:0:3135:1763_1920x0_80_0_0_0b2fe4fc45d9574813b10b94a61b4c60.jpg

snanews.de: **Syrische Staatsagentur: Drei Zivilisten sterben bei US-Operation**

Bei einer Luftlandeoperation der USA sind nach syrischen Angaben im Osten des Bürgerkriegslandes mindestens drei Zivilisten ums Leben gekommen.

Die US-Truppen hätten in dem Ort Al-Busaira südlich der Stadt Dair as-Saur „wahllos“ auf Häuser und Felder geschossen, meldete die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana am Montagmorgen. Demnach nahmen die US-Soldaten zudem eine Zahl Einwohner fest und brachten sie an einen unbekanntem Ort.

Der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge handelt es sich bei den Toten um einen Lehrer und seine Söhne. Die Festgenommenen stünden angeblich unter Verdacht, zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gehört zu haben. Die von den Kurden angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) unterstützten demnach den Militäreinsatz. Der Ort Al-Busaira steht unter Kontrolle der SDF, des wichtigsten Verbündeten der USA in Syrien. Die Kurden beherrschen ein großes Gebiet im Norden und Osten des Landes. Die US-Streitkräfte äußerten sich zunächst nicht zu den Angaben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/16/253679_0:190:2969:1860_1920x0_80_0_0_8be709a109cb6b80a2f43f7ccf52a754.jpg

nachmittags:

deu.belta.by: **Lukaschenko wirft EU mangelnde Dialogbereitschaft in der**

Migrationskrise vor

Die Europäische Union will mit Belarus über die Flüchtlingskrise nicht verhandeln. Das erklärte Präsident Alexander Lukaschenko am 9. Dezember im Interview mit der türkischen Hörfunk- und Fernsehanstalt TRT.

Die Interviewerin fragte den Staatschef, ob die EU mit Belarus irgendwelche Gespräche zur Lösung der aktuellen Flüchtlingskrise führt. „Keine“, antwortete Lukaschenko. „Die EU unternimmt nichts gegen diese Krise, auch wenn sie an ihrer Lösung interessiert ist. Sie braucht das nicht. Sie braucht lediglich einen Anlass, um Druck auf Belarus auszuüben. Die EU will an solchen Gesprächen nicht teilnehmen. Obwohl auf ihrer Seite die Beauftragten für die Verhandlungen ernannt wurden. Aber sie müssen wohl sehr beschäftigt sein. In der EU gibt es derzeit eine Menge Probleme, so dass es nicht der richtige Zeitpunkt ist, darüber zu diskutieren, wie wir es verstanden haben.“

Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass auch zwischen Belarus und Deutschland keine Gespräche geführt werden. „Wir haben derzeit keine Kontakte mit Deutschland. Es war etwa vor einem Monat, als die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel mich angerufen hat und wir über die Flüchtlingssituation gesprochen haben.“

Im Interview hat Alexander Lukaschenko erneut die von der EU gegen die belarussische Staatsführung erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen, die Migrationskrise absichtlich herbeigeführt zu haben. „Wenn man jemandem etwas vorwirft, sollte man konkrete Fakten auf den Tisch legen, nicht wahr? Deshalb warte ich auf konkrete Fakten. Sollte es solche Fakten geben, werde ich öffentlich um Entschuldigung bitten“, sagte Alexander Lukaschenko. Nach Meinung des belarussischen Staatschefs fliehen die Menschen aus dem Irak, Syrien, Afghanistan und anderen Ländern, weil die USA zusammen mit ihren europäischen und anderen Satellitenstaaten in die Gebiete dieser Staaten eingedrungen waren. „Wir müssen den Grund nicht nennen. Wir kennen ihn sehr gut. Er ist banal. Diese Staaten wurden vollkommen zerstört. Die Flüchtlinge haben kein Zuhause mehr, sie haben keine Möglichkeit, ihre Kinder zu ernähren. Sie können ihnen keine Kleidung kaufen. Aber was noch schlimmer ist: Sie haben dort keine Zukunft, in erster Linie die Kinder. Sie müssen fliehen und gehen auf verschiedenen Wegen dorthin, wohin sie gerufen wurden - in die EU. Vor allem nach Deutschland, nach Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien“, sagte der Präsident. Er wies darauf hin, dass es für Flüchtlinge verschiedene Möglichkeiten gibt, in die EU zu gelangen, unter anderem über die Mittelmeer-Route, Balkan-Route und neuerdings auch über Belarus.

Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass diese Menschen legal als Touristen nach Belarus gekommen sind. „Es stellt sich die Frage: Sagen Sie mir, gegen welche internationalen Normen oder nationalen Gesetze haben ich oder die belarussischen Behörden verstoßen, dass diese armen Seelen hierher gekommen sind? Wir haben nichts verletzt. Es gibt also keinen Grund, uns zu beschuldigen“, betonte der belarussische Staatschef.

Er erinnerte auch daran, dass die Europäische Union ihre Verpflichtungen aus dem Rückübernahmeabkommen mit Belarus nicht mehr erfüllt. „Sie haben also einen solchen Kurs gegen Belarus eingeschlagen. Und heute geben sie uns die Schuld daran. Der Vorwurf, dass wir die Menschen in Syrien, im Irak und sogar in Somalia sammeln und hierher einfliegen, ist absolut haltlos. Das wird mit einem Ziel getan, um Druck auf unser Land auszuüben“, fasste Alexander Lukaschenko zusammen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639396030_59201_big.jpg

snanews.de: **NYT: Geheimes US-Kommando nahm bei Mission gegen IS Zivilopfer in Kauf**

Eine streng geheime US-Militärmission namens „Talon Anvil“, die zwischen 2014 und 2019 Angriffe gegen die Terrormiliz IS in Syrien koordinierte, hat laut der Zeitung „The New York Times“ (NYT) regelmäßig die Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung missachtet und zahlreiche Zivilisten getötet.

Obwohl nur 20 Personen an der Mission beteiligt gewesen seien, bei der sie Ziele identifiziert hätten, steuerten sie mehr als 112.000 Bomben und Raketen auf Ziele in Syrien. Laut dem NYT-Beitrag vom Sonntag haben sie aber auch unschuldige Menschen getötet, die „keine Rolle in dem Konflikt spielten: Bauern, die ernten, Kinder auf der Straße, Familien, die vor Kämpfen fliehen, und Dorfbewohner, die in Gebäuden Schutz suchen“. Die Gruppe arbeitete rund um die Uhr in drei Schichten in geheimen Büros, doch sie seien „niemals“ in Militärakten erschienen.

„Sie waren rücksichtslos effizient und gut in ihrem Job“, zitiert die „NYT“ einen ehemaligen Geheimdienstoffizier der Air Force, der von 2016 bis 2018 fast täglich an Talon Anvil-Missionen beteiligt gewesen war. „Aber sie haben auch viele schlimme Luftschläge durchgeführt.“

Die Zahl der zivilen Opfer in Syrien sei jedes Jahr erheblich gestiegen, während Talon Anvil im Einsatz gewesen sei, zitiert die Zeitung den ehemaligen Berater des Außenministeriums und Pentagon, Larry Lewis, der 2018 einen Bericht über zivile Schäden verfasst hatte. Wie er der „NYT“ erklärte, ist die Zahl der Opfer in Syrien während des Einsatzes der Spezialeinheit zehnmal höher gewesen als bei ähnlichen Operationen in Afghanistan. „Sie war viel höher, als ich von einer US-Einheit erwartet hätte“, so Lewis. „Die Tatsache, dass sie über Jahre hinweg dramatisch und stetig zugenommen hat, hat mich schockiert.“

Die Mehrheit der von Talon Anvil durchgeführten Angriffe wurde nicht von hochrangigen Militärs, sondern von relativ niedrigrangigen Delta Force-Kommandos der US-Armee genehmigt, hieß es. Diese Entscheidung sei getroffen worden, um die Bemühungen der US-geführten Koalition zur Zerstörung des IS zu beschleunigen.

Ein ehemaliges Mitglied von Talon Anvil erklärte, dass bei den meisten Angriffen der Gruppe nur feindliche Kämpfer getötet worden seien. Er fügte jedoch hinzu, dass die Betreiber unter enormem Druck gestanden hätten. Oft, sagte er, hätten sie entschieden, dass etwas ein feindliches Ziel sei, ohne, dass es dafür Beweise gegeben hätte. Die Einsatzmitglieder seien ungefähr alle vier Monate gewechselt worden und hätten wenig Erfahrung gehabt, obwohl sie als Elite-Kommandos ausgebildet worden seien.

Die Aufnahmen von jedem Drohnenangriff werden vom Militär dokumentiert. Eine Quelle

teilte der „NYT“ jedoch mit, dass die Betreiber begonnen hätten, Drohnenkameras von Zielen abzuwenden, bevor sie Bomben oder Raketen abfeuerten. Damit wollte Talon Anvil offensichtlich Kritik und potenzielle Untersuchungen vermeiden. Die Quelle teilte mit, es habe zunächst so ausgesehen, als würden Windböen die Kamera ablenken. Später habe sich allerdings herausgestellt, dass dies beabsichtigt gewesen sei, da sich solche Vorfälle gehäuft hätten.

Wie die Zeitung „Daily Mail“ mit Hinweis auf die Nichtregierungsorganisation Airwars berichtet, hat die US-geführte Koalition in etwa siebeneinhalb Jahren in Syrien und im Irak 1417 zivile Tote durch Luftangriffe gemeldet. Laut Zeugenaussagen, die von der Organisation überprüft wurden, starben in den beiden Ländern zwischen 8159 und 13.192 Zivilisten bei 1505 Luftangriffen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/01/1087917_0:87:1877:1143_1920x0_80_0_0_4a0be108b9f876198bbe57983684f269.jpg

de.rt.com: **Russland: Gesetzentwurf zu COVID-Pässen in öffentlichen Verkehrsmitteln fallen gelassen**

Der Gesetzentwurf zur Einführung von COVID-Pässen in öffentlichen Verkehrsmitteln in Russland ist aufgegeben worden. Zu dieser Entscheidung kam die Duma nach Konsultationen mit der Regierung und regionalen Vertretern sowie unter Berücksichtigung der Meinung der Bürger.

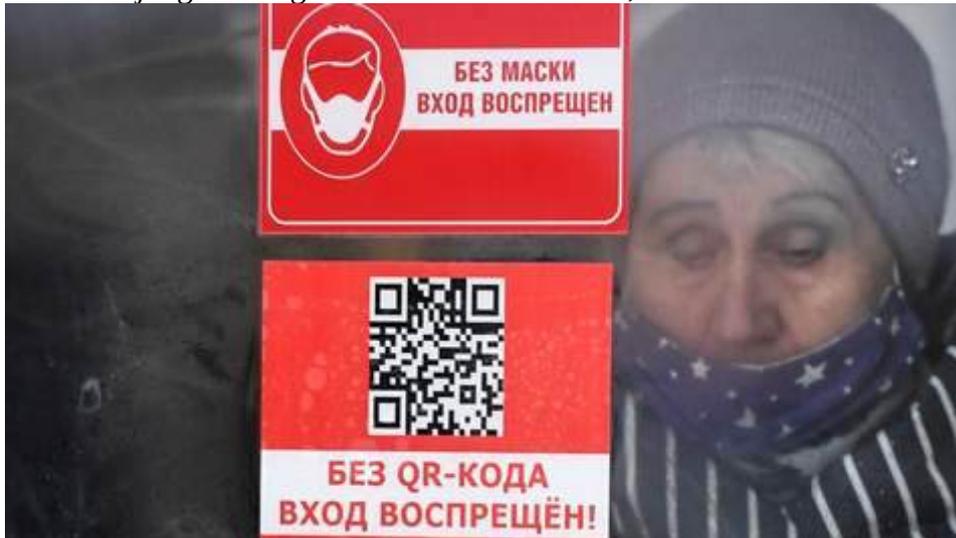
Wjatscheslaw Wolodin, der Sprecher der Staatsduma, der Unterkammer des russischen Parlaments, hat am Sonntag mitgeteilt, dass der Gesetzentwurf zur Einführung von COVID-Pässen für den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln in Russland fallen gelassen werde: "Dank des Feedbacks haben wir die Kommentare dazu gehört. Am Montag werden wir im Rat der Staatsduma die Streichung dieses Gesetzentwurfs von der Tagesordnung diskutieren." Die Entscheidung ist Wolodin zufolge nach Konsultationen mit der Regierung und den Vertretern der einzelnen Regionen getroffen worden. Außerdem sollen die Abgeordneten die Meinung der Bürger berücksichtigt haben. Aus den Umfrageergebnissen zu dieser in Russland umstrittenen Initiative folgt, dass eine überwiegende Mehrheit der Russen gegen COVID-Pässe in öffentlichen Verkehrsmitteln eintritt.

Nach Medienangaben soll das russische Verkehrsministerium die Ausarbeitung einzelner Punkte aus dem Gesetzentwurf jedoch fortsetzen. Noch vor der Duma-Beratung über das Gesetz hatte die Behörde Gespräche zu diesem Thema mit Experten, Betreibern von Verkehrsbetrieben und zuständigen Organisationen aufgenommen.

Angesichts eines dramatischen Anstiegs an Corona-Fällen in Russland hatte die Teilrepublik Tatarstan bereits am 22. November COVID-Pässe mit QR-Codes in öffentlichen Verkehrsmitteln in der Region eingeführt. Die Maßnahme stieß unter gesunden Bürgern auf heftigen Widerstand. In einigen Fällen kam es zu Auseinandersetzungen mit Schaffnern.

Mehrere Aktivisten organisieren Fahrgemeinschaften, indem Autofahrer Ungeimpften eine Mitfahrgelegenheit anbieten.

Nach den jüngsten Angaben sind in Russland 42,3 Prozent der Bevölkerung vollgeimpft.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b71121b480cc5bcd24bb3d.jpg>

snews.de: **Falls Russland die Ukraine angreift: EU und Partner bereiten Vergeltung vor**

Für den Fall eines russischen Angriffs auf die Ukraine bereitet die EU laut dem Hohen Vertreter der Union, Josep Borrell, gemeinsam mit den USA und Großbritannien mögliche Vergeltungsmaßnahmen vor.

Man prüfe, was für Sanktionen in koordinierter Weise verhängt werden könnten und wann und wie, sagte der EU-Außenbeauftragte Borrell am Montag am Rande eines EU-Außenministertreffens in Brüssel.

Seinen Angaben zufolge geht es dabei vor allem darum, Russland zu zeigen, dass jegliche Aggression gegen die Ukraine einen hohen Preis hätte.

Der litauische Außenminister, Gabrielius Landsbergis, sagte seinerseits in Brüssel: „Wir sind davon überzeugt, dass Russland sich tatsächlich auf einen totalen Krieg gegen die Ukraine vorbereitet. Und das ist ein beispielloses Ereignis – wahrscheinlich seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Das bedeute, dass die Antwort der westlichen Staaten ebenfalls beispiellos sein müsse. ...



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0c/05/4581014_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_6c27df21c46b559e486728bd7a5ba53e.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 13.12.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von
Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer vier Stück
Militärtechnik in drei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert: aus dem
Bestand der 95. Luftsturmbrigade ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet in
Oserjanowka und zwei Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nelepowka sowie ein
Schützenpanzer aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade in einem Wohngebiet von
Wesjoloje.

Um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 54. mechanisierten Brigade
durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronischen
Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für
elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von
Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Pobeda zu blockieren.

Trotz des geltenden Waffenstillstands wird nach Angaben unserer Aufklärung im Stab
der OOS eine aktive Arbeit zur Planung von Feuerprovokationen an der Kontaktlinie
betrieben.

Gleichzeitig bemerken wir im Verantwortungsbereich des 37. Bataillons der 56. Brigade nicht
weit von Newelskoje den Aufenthalt eines Scharfschützenpaares aus dem 74.

Aufklärungsbataillon. Im Zusammenhang damit erwarten wir provokative Handlungen und
eine mögliche Verschärfung der Lage in diesem Gebiet.

Im Zusammenhang mit der Mangel an Schleppern für den Transport von Raupentechnik und
der Überschreitung der zulässigen Normen für den Stillstand von Güterzügen an der
Verladungsstation hat der Kommandeur der 93. Brigade, der Kriegsverbrecher Bryshinskij
entschieden, dass sich die 2. Haubitzenartillerieabteilung selbständig vom vorläufigen
Stationierungspunkt im Gebiet von Kalinowo zur Eisenbahnstation von Wolnowacha begibt.
Bei der Fahrt der schweren Raupentechnik über allgemeine Straßen wurde der Straßenbelag
an allen Abschnitten der Route beschädigt, eine Brücke im Gebiet von Nowopawlowka wurde
teilweise beschädigt.

Wir erhalten weiter Informationen über Vorfälle und Verbrechen unter Beteiligung
ukrainischer Banden in der OOS-Zone. Heute ziehen wir die Bilanz der Feiern der
ukrainischen Kämpfer zum Tag der Bodentruppen der Ukraine.

Auf den Positionen des 2. Bataillons der 54. Brigade im Gebiet von Marjinka entlud der
Soldat Suchow beim Trinken von Alkohol eine Maschinenpistole und schoss
versehentlich auf seinen Kameraden, den Soldaten Tarassenko, und traf ihn am Bein.

In Dsershinsk begannen drei Kämpfer der 95. Brigade einen Auseinandersetzung mit örtlichen
Einwohnern in einer Bar, danach entführten sie einen Taxifahrer zusammen mit seinem
Fahrzeug. Infolge der kriminellen Aktivitäten der Kämpfer brauchten zwei Zivilisten
medizinische Behandlung, der Aufenthaltsort des Taxifahrers bleibt unbekannt.

Uns wurde bekannt, dass sich in Mariupol Natoinalisten des 24. Bataillons „Ajdar“ aus der
53. Brigade befanden, die in einem Nachtclub eine Prügelei veranstalteten, in deren Folge
zwei ukrainische Kämpfer medizinische Behandlung brauchten. Nach den Worten von
Augenzeugen schrien aggressiv eingestellte „Ajdarer“ Drohungen an Besucher des Clubs und
alle Einwohner des Donbass und äußerten auch die Absicht „alle Feinde der ukrainischen
Unabhängigkeit zu töten“.

snanews.de: **Bei Zertifizierung von Nord Stream 2 „nichts überstürzen“ – Kremlsprecher**
mahnt zu Geduld

Die Pipeline Nord Stream 2 ist seit Wochen fertiggestellt, doch die Betriebserlaubnis steht
immer noch aus. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat den

Zertifizierungsprozess als „technische, bürokratische Arbeit“ bezeichnet und dazu aufgerufen, nichts zu überstürzen.

„Die Arbeit mit der Regulierungsbehörde wird fortgesetzt. Das Unternehmen erfüllt alle Forderungen. Man muss hier etwas Geduld haben. Das ist solch eine technische, bürokratische und juristische Arbeit, die fortgesetzt wird. Wir werden nichts überstürzen“, sagte Peskow.

Die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat im Sender ZDF am Sonntag erklärt, dass die Voraussetzungen für eine Genehmigung derzeit nicht erfüllt seien. Die Pipeline kann ihr zufolge nach jetzigem Stand so nicht genehmigt werden, weil sie eben die Vorgaben des europäischen Energierechts nicht erfülle und die Sicherheitsfragen ohnehin noch im Raum stünden. Zudem sollen die USA bereits mit der vorigen Bundesregierung besprochen haben, dass „bei weiteren Eskalationen diese Pipeline so nicht weiter ans Netz gehen könnte“. Damit nahm die Außenministerin Bezug auf die angespannte Lage zwischen Russland und der Ukraine.

Washington und Berlin haben in einer gemeinsamen Erklärung im Sommer 2021 unter anderem festgestellt, dass Berlin sich zu Maßnahmen inklusive Sanktionen verpflichtet habe, „sollte Russland versuchen, Energie als Waffe einzusetzen“. Deutschland versprach der Ukraine zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von gut 200 Millionen Euro. Mit etwa 70 Millionen davon sollen bilaterale Energieprojekte in der Ukraine gefördert werden.

Die Bundesnetzagentur hat die Zertifizierung der Pipeline eingestellt, da der Betreiber nach deutschem Recht einen Firmensitz in Deutschland haben muss, was momentan nicht der Fall ist. Nord Stream 2 hatte aber angekündigt, eine Tochterfirma in Deutschland zu gründen, die unabhängig vom russischen Energiekonzern Gazprom fungieren wird. Der Antrag auf Zertifizierung soll dann im Namen dieser Firma gestellt werden. Die Bundesnetzagentur und anschließend die Europäische Kommission werden dann ihre Entscheidung treffen. Deutschen Medien zufolge kann dieser Prozess mehrere Monate dauern.

Die Grünen-Politikerin Baerbock hatte sich noch während des Bundestag-Wahlkampfes gegen Nord Stream 2 ausgesprochen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/08/4617569_0:0:3177:1788_1920x0_80_0_0_9182b43442701301f77dbb578ca79d26.jpg

snanews.de: **Peking: Fall Assange entlarvt „Doppelmoral“ der USA**

Der Fall des WikiLeaks-Gründers Julian Assange steht nach Ansicht des chinesischen Außenministeriums sinnbildlich für „die Doppelmoral“ der Vereinigten Staaten in Bezug auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Darüber berichtet die chinesische Digitalzeitung „The Paper“.

Nachdem der britische High Court of Justice die Ablehnung des US-Auslieferungsantrags am

Freitag gekippt hatte, verurteilte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, die Entscheidung aufs Schärfste und warf den USA am Montag eine Doppelmoral vor.

„Es scheint, dass jeder die Meinungs- und Pressefreiheit genießen kann, außer der Freiheit, die von den USA begangenen Verbrechen und Gräueltaten zu kritisieren und aufzudecken, schlimmstenfalls kann man, wie Assange, im Gefängnis landen“, so Wenbin.

Der Botschafter betonte, sollten die Vereinigten Staaten wieder lautstark die Meinungs- und Pressefreiheit verteidigen, würden die Menschen das mit Assanges Schicksal in Verbindung bringen.

Auslieferung von Assange in die USA erlaubt

Am Freitag hat das Berufungsgericht in London die Ablehnung des US-Auslieferungsantrags gekippt. Ob Assange nun tatsächlich an die USA ausgeliefert wird, ist damit aber noch nicht entschieden.

Im Januar hatte ein britisches Gericht die Auslieferung des 50-Jährigen unter Berücksichtigung seines psychischen und gesundheitlichen Zustands und der zu erwartenden Haftbedingungen in den USA untersagt. Washington hatte diese Entscheidung jedoch angefochten.

Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange sitzt seit 2019 im britischen Gefängnis Belmarsh. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft. Die Vereinigten Staaten werfen ihm vor, mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffentlicht zu haben. Er habe damit US-Informanten in Gefahr gebracht. Seine Unterstützer sehen in ihm hingegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hatte.

Der nun gekippte Beschluss stammt vom Januar. Damals hatte Bezirksrichterin Vanessa Baraitser entschieden, dass Assange nicht an die USA ausgeliefert werden sollte, weil ein reales Risiko bestehe, dass er dort Selbstmord begehen würde.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/06/1a/2627029_0:0:3001:1688_1920x0_80_0_0_8db3d236c28512d8b9551d225afc8681.jpg

deu.belta.by: Lukaschenko: Wir sind keine Barbaren, um Flüchtlinge in den Tod zu treiben

In Belarus werden Flüchtlinge weder gezwungen noch genötigt, in ihre Heimatländer zurückzugehen. Das erklärte Präsident Alexander Lukaschenko am 9. Dezember im Interview mit der türkischen Hörfunk- und Fernsehanstalt TRT.

Der Staatschef sagte, er habe es den Menschen versprochen. „Nennen Sie mir nur einen Fakt oder einen Menschen, den unsere Behörden zur Rückkehr zwingen, und ich werde mich persönlich darum kümmern. Wir sind doch keine Barbaren, die Menschen dorthin zu treiben, wo der Tod auf sie wartet. Das Leben dort ist gleich Lebensgefahr: Die Flüchtlinge verstehen,

womit sie nach ihrer Rückkehr zu rechnen haben. Dort werden sie garantiert sterben. Deshalb jagen wir die Menschen auch nicht zurück.“

Gleichzeitig, so der Staatschef, wird den Flüchtlingen an der belarussisch-polnischen Grenze empfohlen, „über ihre Zukunft nachzudenken.“

„Draußen ist Winter, und Sie sehen, wie kalt es ist. Bei solchen Temperaturen halten Sie mit ihren Kindern nicht lange aus“, sagte Alexander Lukaschenko. „Und wiederum: Wir erbringen ständig Dienstleistungen. Wir haben den Handel organisiert. Wir versorgen sie mit Essen und Kleidung. Das Baden, Wäschereinigung, medizinische Hilfe für Groß und Klein – das alles ist nicht billig, deshalb müssen sich die Flüchtlinge entscheiden, was sie heute, morgen und übermorgen tun werden. Wir ermutigen sie dazu, aber wir werden sie auf keinen Fall zur Rückkehr zwingen“.

„Rein menschlich gesehen haben wir kein Recht und können diese Menschen nicht zur Rückkehr in ihre Heimat zwingen. Denn im letzten Weltkrieg waren wir Flüchtlinge: Ukrainer, Belarussen, Russen. Als das Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfiel, gewährten die muslimischen Republiken Iran, Irak und andere vielen Flüchtlingen Schutz und Unterkunft. Auch die Polen wurden im Iran und Irak aufgenommen. Viele Polen flohen in die Türkei und nach Syrien. Im Zweiten Weltkrieg suchten wir die Zuflucht, heute sucht man bei uns Zuflucht. Das Blatt hat sich also gewendet. Warum sollen wir uns wie Barbaren benehmen?“ fragte der belarussische Staatschef.

Der Präsident fügte hinzu, dass die belarussische Ideologie einfach ist: Wenn du heute den Menschen in der Not hilfst, wird dir morgen auch geholfen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639401881_59203_big.jpg

de.rt.com: **Corona-Krise? – In Deutschland werden 34 Krankenhäuser geschlossen**

Mitten in der Corona-Krise werden in Deutschland 34 Krankenhäuser geschlossen. Dies geht aus dem Abschlussbericht des RWI-Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. Es handelt sich sowohl um Komplettschließungen als auch Umwandlungsvorhaben.

Mit dem Geld aus dem ersten Krankenhausstrukturfonds (KHSF) wurden oder werden demnächst 34 Krankenhäuser und Krankenhausstandorte geschlossen. Dazu gehören sowohl völlige Schließungen, bei denen ein Standort komplett aus dem Versorgungsnetz fällt, als auch Konzentrationsvorhaben und Umwandlungen. Zuvor hatte das Ärzteblatt bereits darüber berichtet.

An weiteren 24 Standorten wurden außerdem 36 Abteilungen geschlossen, bei fast der Hälfte handelte es sich um Einrichtungen für Gynäkologie oder Geburtshilfe. Dies geht aus dem Abschlussbericht des RWI-Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. Das RWI hatte den Bericht über den durch den Krankenhausstrukturfonds bewirkten Strukturwandel am 19. Juli

2021 vorgelegt.

Die Bundesregierung stellte den Ländern mit dem ersten Krankenhausstrukturfonds für 2016 bis 2018 Mittel in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen die Bundesländer den Abbau von sogenannten "Überkapazitäten" fördern können, außerdem auch die sogenannte Konzentration von stationären Versorgungsangeboten sowie von nicht akutstationären lokalen Versorgungseinrichtungen. Dies wäre allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Länder denselben Betrag wie der Bund aufbringen und dabei ihre Investitionsförderung nicht reduzieren würden.

Dem Bericht zufolge seien in Bundesländern mit einer hohen "Krankenhausdichte" tendenziell weniger Krankenhäuser geschlossen worden als in solchen mit niedriger Krankenhausdichte. In Ländern mit einer hohen "Bettendichte" seien dagegen tendenziell mehr Betten abgebaut worden, der Zusammenhang sei in diesem Fall aber statistisch nicht signifikant. Insgesamt wurden 62 Prozent der Förderanträge für solche Maßnahmen positiv beschieden und auch 96 Prozent der dafür gedachten Fördermittel abgerufen. 91 Prozent der Fördermittel gingen dabei an Projekte zur Konzentration von stationären Versorgungsangeboten, zu denen auch reine Schließungen und Umwandlungen zählen. Im Rahmen der geförderten Projekte wurden mittlerweile 3.099 Betten bundesweit abgebaut. Besonders betroffen von den Fördervorhaben waren laut Bericht freigemeinnützige Krankenhäuser. Die Bundesregierung kommt im Bericht zu der Einschätzung:

"Der Abschlussbericht der begleitenden Auswertung des RWI macht deutlich, dass der mit dem KHSF verfolgte gesetzgeberische Zweck, die Versorgungsstrukturen anhand von Konzentrationseffekten und des Abbaus von Vorhalteaufwand zu verbessern, grundsätzlich erreicht wurde."

Eine der fragwürdigsten Entscheidungen, die von diesen Krankenhausschließungen in diesem Jahr betroffen war, ist unter anderem die Schließung der Lungenfachklinik am Forschungszentrum Borstel bei Hamburg, die zum Jahresende endgültig geschlossen wird. Die Schließung erfolge aus "ökonomischen Gründen", das Kuratorium begründete seinen Beschluss im Sommer mit "erheblichen wirtschaftlichen Verlusten" und weil Gespräche mit potenziellen Betreibern ohne Ergebnis geblieben seien. Bereits seit dem Sommer war über die Zukunft der Klinik mit 80 Betten diskutiert worden, in der jedes Jahr 2.800 Patienten stationär und 4.500 ambulant behandelt wurden. Neben der Nähe von größeren Kliniken in Städten wie Hamburg waren angeblich vor allem wirtschaftliche Gründe ein Problem: Der Personalbedarf musste zunehmend durch Freiberufler gedeckt werden, was zu hohen Vermittlungskosten führte. Nach der Schließung sollen nun die Standorte des jeweiligen Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in Kiel und Lübeck ausgebaut werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b74a7eb480cc24833ae14a.jpg>

de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Russland sieht keine Fortschritte in Beziehungen zu den USA**

Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow hat mitgeteilt, dass Russland keine Fortschritte in den Beziehungen zu den USA sehe. Er betonte, dass es verfrüht sei, heute von globalen, sinnvollen und bahnbrechenden Lösungen zu sprechen.

Außer der Aufnahme eines strukturierten Dialogs über die Rüstung und Cybersicherheit sieht Russland in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten keine Fortschritte. Dies sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow in einem Interview mit der russischen Zeitung Iswestija. Er teilte mit:

"Abgesehen von der Einleitung mehrerer strukturierter Dialoge über strategische Stabilität und IKT-Sicherheit sehen wir keine Fortschritte. Selbst in diesen Bereichen haben wir nur Kanäle für den Dialog geschaffen und es ist verfrüht zu sagen, dass wir in diesem Prozess zu globalen, sinnvollen und bahnbrechenden Lösungen gelangen werden."

Der russische Diplomat betonte, dass Moskau in seinem Dialog mit den USA nicht beabsichtige, die Diskussion über die Visaproblematik vom Sicherheitsdialog abhängig zu machen. Rjabkow sagte:

"Wir wollen, versuchen und werden jedoch keine Fragen vermischen, die nicht mit strategischer Stabilität, IKT-Sicherheit und beispielsweise einigen unserer bilateralen Schwierigkeiten in Bezug auf Visa und die Aktivitäten ausländischer Institutionen zusammenhängen. Auch dies sind wichtige Themen, aber wir sollten nicht zulassen, dass das eine mit dem anderen verknüpft wird."

Der stellvertretende Außenminister sagte, dass Russland sich bemühe und in diese Richtung hinarbeite. Man fordere die USA auf, einen verantwortungsvollen Ansatz für die internationale Sicherheit zu wählen. Er äußerte die Hoffnung, dass Russlands Forderungen und Signale in dieser Angelegenheit Gehör finden werden. Rjabkow fügte hinzu, dass Russland dort tätig werden wird, wo sich Gelegenheiten ergeben, bei denen die USA zumindest im Ansatz auf den gesunden Menschenverstand und die Initiativen aus Russland eingehen.

In Bezug auf die NATO-Erweiterung betonte Rjabkow, dass Moskau die NATO-Mitglieder ständig darauf aufmerksam machen werde, dass die Sicherheit des Bündnisses nicht gestärkt werde, indem es eine Erweiterung vorantreibe, was schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehe. Er erörterte:

"Wir werden uns behaupten. Wenn unsere Opponenten gegen uns vorgehen, werden sie sehen, dass ihre Sicherheit nicht gestärkt wird. Die Konsequenzen werden für sie schwerwiegend sein."

Wie der russische Diplomat feststellte, hat die ungebremsste Expansion der NATO in den vergangenen zehn Jahren gezeigt, dass westliche Fortschritte, Versprechungen und Verpflichtungen, die nicht rechtlich verankert sind, wenig wert sind. Rjabkow fügte hinzu:

"Den sowjetischen und dann auch den russischen Vertretern wurde wiederholt auf den verantwortungsvollsten Ebenen gesagt, dass es keine weitere Osterweiterung der NATO geben würde. Wir sehen jedoch das Gegenteil."

Die NATO-Staaten argumentieren, dass jedes Land das Recht hat, selbst zu bestimmen, wie es seine Sicherheit gewährleisten will, bis hin zum Beitritt zu politisch-militärischen Bündnissen, so Rjabkow. Gleichzeitig betonte er, dass die Freiheit, Bündnissen beizutreten, nicht grenzenlos sein kann. Es sei wie in der menschlichen Gesellschaft. "Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie in die Freiheit eines anderen eingreift", erklärte der stellvertretende russische Außenminister:

"Deshalb wird die Formulierung über die Freiheit, Bündnissen beizutreten, immer durch Formulierungen konterkariert, die besagen, dass dies nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten geschehen darf. Dies war und ist zum Beispiel in der OSZE der Fall."

Dem hochrangigen Diplomaten zufolge habe die NATO kein Argument für eine Erweiterung der Mitgliedschaft nach Osten vorgebracht. Rjabkow stellte fest:

"Es gibt keine Argumentation. Außerdem versuchen sie, die Frage zu verneinen, warum die

NATO überhaupt nach Osten ziehen sollte. Sie verweigern angeblich aus prinzipiellen Gründen die Möglichkeit, dieses Thema zu erörtern. Dies ist jedoch ein Fehler, der ihre eigene Sicherheit schwächen könnte."

Was die Arbeit der russischen und US-amerikanischen Auslandsvertretungen betrifft, so könnte das Ausbleiben von Verbesserungen in diesem Bereich zu einem Ausfall dieser Dienstleistungen führen, betonte Rjabkow. Er erinnerte daran, dass Russland den USA seit langem vorgeschlagen hat, die Beschränkungen für die Arbeit der diplomatischen Vertretungen aufzuheben. Der stellvertretende Außenminister stellte klar:

"Stattdessen werden weitere Forderungen und Ultimaten gestellt. Die abscheulichste davon ist die Forderung, dass unser diplomatisches Personal, das sich seit mehr als drei Jahren in den USA aufhält, das Land verlassen muss. Warum mehr als drei Jahre, warum nicht vier oder fünf? Wir sind gezwungen, darauf zu agieren."

Rjabkow brachte Verständnis für diejenigen zum Ausdruck, die Schwierigkeiten hatten, US-Visa zu erhalten. Er betonte, dass die derzeitige Situation die mangelnde Bereitschaft der US-Seite widerspiegeln, die offensichtlich notwendige und sehr einfache Entscheidung zu treffen, das erforderliche Personal im Rahmen einer Quote nach Russland zu entsenden. Der russische Diplomat merkte an:

"Stattdessen erheben sie absurde Vorwürfe, wir würden angeblich etwas behindern. Wir behindern nichts. Wir können nur nicht einseitig Visa für US-Amerikaner ausstellen, während unser Personal nicht in die USA einreisen kann, weil die Erteilung von Visa für diplomatisches Personal und Inhaber von Dienstpässen eingefroren ist."

Moskau erwarte, dass Washington seine Visavorschläge ernst nehmen und dass die nächste Runde der bilateralen Konsultationen von der Reaktion der USA auf diese Vorschläge abhängen werde. Rjabkow fasste zusammen, dass es bisher keine angemessene Reaktion der USA in dieser Frage gegeben habe. Er forderte das Weiße Haus auf, sich mit diesem Problem zu befassen, da es nicht nur Russen, sondern auch die US-Bürger betrifft, die ebenfalls nicht rechtzeitig bedient werden können.

Als Reaktion auf die von Washington angekündigten antirussischen Sanktionen und die erneute Ausweisung russischer Diplomaten hatte Moskau Beschränkungen für die Einstellung von diplomatischem Personal aus Russland und Drittstaaten gegen die diplomatische Vertretung der USA verhängt. Im Gegenzug schränkte die US-Botschaft ab dem 12. Mai eine Reihe konsularischer Dienstleistungen ein, darunter die Aussetzung der Überprüfung von Dokumenten für Visa, die nicht für diplomatische Reisen bestimmt sind.

Zudem wies die diplomatische Vertretung der USA darauf hin, dass nur eine begrenzte Anzahl von Einwanderungsanträgen im Zusammenhang mit Notfällen sowie Einwanderungsanträge, die aufgrund des Alters des Antragstellers auslaufen, berücksichtigt werden. Im August erklärte ein Vertreter der US-Botschaft in Moskau, Bürger Russlands seien gut beraten, Nicht-Einwanderungsvisa bei den diplomatischen Vertretungen der USA in anderen Ländern zu beantragen. Seit dem 1. August arbeitet die US-Botschaft in der Russischen Föderation mit mindestens 120 Mitarbeitern der Stammebelegschaft aus den letzten fünf Jahren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/original/61b72acd48fbef77f61efa91.jpg>

abends:

snanews.de: US-Stützpunkt bei Ölfeld in Syrien mit Raketen beschossen

Ein US-Stützpunkt in der Nähe des Ölfeldes Omar in der nordostsyrischen Provinz Deir ez-Zor ist laut einem Bericht der regierungsnahen syrischen Zeitung Al-Watan unter Raketenbeschuss geraten. Angaben, von wem der Beschuss erfolgt ist, liegen bisher nicht vor. „Lokale Quellen in der Provinz Deir ez-Zor berichten, dass ein Stützpunkt der US-Besatzungstruppen in der Nähe des Ölfeldes Omar unter Raketenbeschuss geraten ist, eine Rauchsäule ist zu sehen“, so die Zeitung.

Die US-Streitkräfte kontrollieren illegal Gebiete im Norden und Nordosten Syriens in den Provinzen Deir ez-Zor, Al-Hasakah und Raqqa, wo die größten Öl- und Gasfelder Syriens liegen. Damaskus hat die Präsenz des amerikanischen Militärs auf seinem Territorium wiederholt als Besatzung und Staatspiraterie mit dem Ziel des Öldiebstahls bezeichnet. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0d/4680802_0:92:3315:1956_1920x0_80_0_0_b031b323cfd898a095ecd365ffd28838.jpg